

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Thilo Kleibauer, Dennis Thering,
Dr. Anke Frieling, Ralf Niedmers, Silke Seif, Eckard Graage (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Mitarbeitergespräche sind ein Zeichen von Respekt und Wertschätzung
– Alle Beschäftigten haben jedes Jahr ein Mitarbeiter-Vorgesetzten-
Gespräche verdient!**

Mitarbeitergespräche sind Gespräche zwischen einem Arbeitnehmer und einem Vorgesetzten oder Personalverantwortlichen. Diese Gespräche sollen mindestens einmal im Jahr abgehalten werden, um die Leistung des Mitarbeiters im vergangenen Jahr zu bewerten, Ziele für das kommende Jahr festzulegen und Feedback zu geben.

Während des Gesprächs können Themen wie Leistung, Arbeitsqualität, Stärken und Schwächen, Karriereziele und Fortbildungsmöglichkeiten diskutiert werden. Das Ziel ist es, die Leistung des Mitarbeiters zu verbessern, seine Karriereentwicklung zu fördern und die Kommunikation zwischen dem Mitarbeiter und dem Arbeitgeber zu verbessern.

Mit der Drs. 22/11594 teilt der Senat mit, dass das Instrument des Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächs (MAVG) einen hohen Stellenwert genieße. Alle Führungskräfte sind angehalten, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jährlich ein Gesprächsangebot zu machen. Eine flächendeckende statistische Erfassung der Angebote, Annahmehquoten und der Ablehnungsgründe erfolgt bisher nicht. Eine zentrale Regelung zum verpflichtenden Angebot des MAVG besteht ebenfalls nicht.

Es ist dringend geboten, dass hier eine Veränderung herbeigeführt wird. MAVG müssen endlich verpflichtend umgesetzt und überprüft werden, um sicherzustellen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Arbeit motiviert nachgehen. Zudem können potenzielle Problemstellungen frühzeitig identifiziert und entsprechend gelöst werden. MAVG sind ein Zeichen von Respekt und Wertschätzung von Führungskräften gegenüber ihren Angestellten.

Einige Beschäftigte der Stadt Hamburg berichten, dass diese bisher noch nie ein MAVG angeboten bekommen, geschweige geführt haben. So sieht keine Wertschätzung für die Beschäftigten der Stadt Hamburg aus.

Derzeit werden Informationen über die geführten MAVG lediglich analog bei den jeweiligen Behörden vorgehalten und können somit nicht zentral ausgewertet werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. wie bei der Zollverwaltung und in der freien Wirtschaft üblich, ein verpflichtendes Angebot des Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächs zu schaffen;
2. die angebotenen und durchgeführten Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche elektronisch und auswertbar zu dokumentieren;
3. der Bürgerschaft ist bis zum 31.12.2023 zu berichten.